

04.02.1999

Landeshauptstadt München  
- Kommunalreferat -  
Vermessungsamt  
Herrn Stadtdirektor Prof. Dürr  
Blumenstraße 28 b

80331 München

Stellungnahme der Evang.-Luth. Kirche in Bayern  
zum Antrag auf Umbenennung der Meiserstraße

Sehr geehrter Herr Professor Dürr,

die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern lehnt eine Umbenennung der Meiserstraße in München (und an anderen Orten in Bayern) ab. Zur Begründung sind folgende Gesichtspunkte wichtig:

1. Der Antrag auf Umbenennung der Meiserstraße wird hauptsächlich mit antisemitischen Äußerungen Meisers von 1926 begründet. Die Lebensleistung Meisers ist jedoch nicht an den Äußerungen von 1926 zu messen, zumal diese ambivalent sind. So sehr man sich heute davon distanzieren muß, daß Meiser 1926 vor dem „schädlichen jüdischen Einfluß“ gewarnt hat, so sehr muß zugestanden werden, daß Meiser - anders als beim völkischen und nationalsozialistischen Antisemitismus - gerade nicht zum Judenhaß aufgerufen hat, sondern zur christlichen Nächstenliebe, wonach „alle ernsten Christen förmlich genötigt sind, sich schützend vor die Juden zu stellen“. Dieser Aspekt der Aussagen von 1926 hat Meiser 1935 Haß und Verleumdung von Seiten der NS-Presse eingebracht. In Schlagzeilen und in einer Plakataktion wurde er als „Judenfreund“ öffentlich angeprangert.
2. Meisers Lebensleistung ist vor allem darin zu sehen, daß es ihm gelang, durch seine

klare, am christlichen Bekenntnis orientierte Haltung und sein kluges kirchenpolitisches Geschick die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern weitgehend „nazifrei“ zu halten und vor der „Gleichschaltung“ mit der deutschchristlich-nationalsozialistischen Reichskirche zu bewahren. Hier hat Bischof Meiser Glaubenstreue, Standhaftigkeit und auch Zivilcourage bewiesen - gegen den Strom der öffentlichen Meinung in Deutschland. Er wurde von seinen kirchenpolitischen Gegnern in Flugschriften und Zeitungsartikeln in großer Aufmachung angegriffen und verleumdet und von der Politischen Polizei wegen seiner Unnachgiebigkeit im September 1934 für drei Wochen unter Hausarrest gestellt - dies ist (außer gleichzeitig mit dem württembergischen evangelischen Landesbischof Wurm) mit keinem anderen evangelischen Bischof geschehen.

3. Am Protest und Widerstand der süddeutschen Landeskirchen und ihrer Bischöfe gegen die deutschchristlich-nationalsozialistische Kirchenpolitik scheiterte Hitler mit seiner kirchenpolitischen Konzeption, eine deutschnationale evangelische Reichskirche zu schaffen. Gegen diese Politik erhoben sich Protestaktionen, denen sich im Herbst 1934 Protestanten aus ganz Bayern anschlossen (mit Solidaritätskundgebungen und Sonderzügen nach München zu dem im Hausarrest inhaftierten Landesbischof Meiser). Das kam einem Volksaufstand gleich und brachte Hitler seine einzige innenpolitische Niederlage bei. Er mußte Meiser freilassen, und die Evangelisch-Lutherische Kirche in Bayern blieb „intakt“, d.h. sie geriet nicht unter die Führung einer nazitreuen Kirchenleitung. Meiser damals wörtlich: „Eine Beugung unter das Gewaltregiment kommt für mich nicht in Frage und wenn ich wochenlang in Haft gehalten werde.“
4. Wiewohl Meiser auch nach dem Krieg als Gestalt des kirchlichen Widerstandes gegen Hitler angesehen und verehrt wurde, was sich u.a. nach Meisers Tod 1956 in der Benennung von Straßennamen ausdrückte, muß man heute im größeren Abstand folgendes sagen: „Widerstand“ gegen den Nationalsozialismus kam in „reinsten Form“, als durchgängige Fundamentalopposition im Sinne der Menschenrechte oder als lauter Aufschrei gegen die Judenverfolgung, in der historischen Wirklichkeit so gut wie gar nicht vor. Selbst Männer des 20. Juli waren in manchem dem damaligen Geist und den politischen Zielen des Dritten Reiches verhaftet. „Widerstand“ war in der Regel eher ein Gemisch aus partieller Zustimmung und Ablehnung, Kooperation und Protest, Loyalität und Widerspruch. Zwischen den Extremen der totalen Unterwerfung und des Märtyrertums gab es eine ganze Skala ethisch verantwortbaren Überlebens, das sich seiner ethischen Zweideutigkeit allerdings durchaus bewußt war.
5. Das läßt sich für Meiser an folgender Szene verdeutlichen: Im Frühjahr 1943 überbrachten evangelische Christen aus dem sogenannten Lempp-Kreis in München dem Landesbischof eine Protestschrift gegen die Judenverfolgung mit der Bitte, diesen Protest mit der Autorität der Kirche öffentlich zum Ausdruck zu bringen. Meiser sagte den Überbringern (laut späterem Gedächtnisprotokoll) etwa folgendes: Wenn er öffentlich Stellung bezöge, würde er verhaftet und den Juden wäre nicht geholfen, zudem habe er die Verantwortung für eine große Kirche, auch habe er schon manches für verfolgte Juden getan, indem diese versteckt oder auf irgendeine Weise in die Schweiz oder nach Schweden gebracht worden seien. Meiser übergab aber die

Protestschrift an Bischof Wurm, der nun tatsächlich seine Stimme gegen den Massenmord an den Juden erhob. Meiser sollte daraufhin dem Reichskirchenministerium die Namen der Überbringer der ansonsten anonymen Protestschrift bekannt geben, was er verweigerte.

Schon in dieser einen Szene zeigt sich der schwierige Weg zwischen Widerstand und Anpassung. Auch wenn Meiser hier nicht auf die Seite eines öffentlichen Protestes und Widerstands getreten ist, so ist er doch keinesfalls der Hörigkeit gegenüber der NS-Ideologie zu bezichtigen.

6. Nicht nur im Herbst 1934, als Bischof Meiser zur direkten Zielscheibe der Angriffe durch die Nazis geworden war, sondern auch in den folgenden Jahren hat Meiser eine Fülle von Angriffen und Benachteiligungen durch das herrschende Regime hinnehmen müssen, hat seinerseits immer wieder auch in das Geschehen eingegriffen. Hier einige Beispiele aus der Zeit ab 1937 (aus den Quellen des Landeskirchenlichen Archivs):

02.01.1937      Gewaltsame Hinderung Meisers an der Predigt in Erfurt.

01.02.1937      Kritik des „Völkischen Beobachters“ an einem Schreiben Meisers gegen ein Plakat der „antibolschewistischen Schau“.

08.05.1937      Ausweisung Meisers aus Thüringen.

02.07.1937      Fast dreistündige turbulente Aussprache Meisers mit Innenminister Wagner über Schule, Kanzelerklärungen und den Fall Steinbauer

20.10.1937      Meiser erhält in der Dresdner Kreuzkirche Redeverbot.

07.02.1938      Meiser bittet alle Geistlichen, in einer Kanzelverkündigung die Eröffnung des Prozesses gegen Martin Niemöller bekannt zu geben und für Niemöller zu beten.

April 1938      Gegen Meiser laufen vier Strafverfahren, vor allem wegen entsprechender Kanzelabkündigungen oder Rundschreiben.

Ende 1938      Mehrfache Eingabe Meisers an Göring mit der Bitte um Entlassung Niemöllers aus dem KZ.

April 1939      Persönliche und schriftliche Vorstellung des Landeskirchenrats unter Vorsitz Meisers beim Oberbürgermeister von München wegen Nichtbeerdigung „nichtarischer Christen“ auf städtischen Friedhöfen.

05.05.1939      Auflösung einer Dekanskonzferenz mit Meiser in München durch die Gestapo.

Frühjahr 1941 Bemühungen des Landeskirchenrats unter Vorsitz Meisers um Seelsorge und Hilfeleistungen im KZ Dachau.

05.11.1941 Meiser nennt ein Ergebenheitstelegramm des Geistlichen Vertrauensrates der Deutschen Evangelischen Kirche an den Führer aus Anlaß des Rußlandfeldzuges „unmöglich und verheerend“.

7. Neben diesen Beispielen des Kampfes zwischen Meiser und dem NS-Regime, die vermehrbar wären, gibt es auch Kanzelabkündigungen und Rundschreiben, die für sich genommen als zu große Loyalität mit den Machthabern gedeutet werden können. Noch einmal muß betont werden: Es geht nicht darum, die Haltung Meisers und der Evangelischen Kirche im Dritten Reich zu glorifizieren. Es kann aber auch nicht angehen und widerspräche der Wahrheit, würde man den mühsamen Weg der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern angesichts der damaligen Verhältnisse als Kollaboration denunzieren. Auch wenn das letzte Urteil noch aussteht, so bleibt Meiser als ein Bischof in Erinnerung, der seine Kirche durch das Chaos der Welt mit klarem Kurs gesteuert hat (so der Leitende Bischof der VELKD Hugo Hahn anlässlich des 70. Geburtstages von Bischof Meiser 1951).

Fazit: Die Meiserstraße erinnert zu Recht an einen Bischof, der sich trotz der Prägung durch eine traditionell-lutherische Obrigkeitstreue zur Opposition gegen das Hitler-Regime durchrang und so die Kirche vor der Gleichschaltung bewahrte. Sicher, man hätte sich die Opposition noch entschiedener wünschen mögen. Dies träfe genauso auf eine Persönlichkeit wie Kardinal Faulhaber zu. Aber das ist heute leicht gesagt. Auf jeden Fall muß als Lernertrag aus jener Zeit umgesetzt werden:

- daß die Kirche nicht nur für den eigenen Bestand eintreten und kämpfen darf,
- daß sie auf die Seite der Schwachen und Unterdrückten gehört,
- daß die Menschenrechte allen Menschen als Geschöpfen Gottes zustehen
- und daß dies alles unmittelbar aus dem Auftrag Jesu folgt, das Evangelium für die Welt durch Wort und Tat zu bezeugen.

So stellt der Name „Meiserstraße“ Erinnerung und Verpflichtung zugleich dar und darf aus dem Straßenverzeichnis nicht getilgt werden.

Mit freundlichen Grüßen  
Ihr

Dr. Martin Bogdahn  
Kreisdekan